

Der Sozialist

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
Der Courier ist in die Poststempelkasse eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Besetzt: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeliefert.
Zuschriften und Mitteilungen an die Schriftleitung.

Nr. 27.

Berlin, den 6. Oktober 1907.

11. Jahrg.

Zum Parteitag.

Im Schloffenwalde zu Essen tagte diesmal die politische Generalversammlung des deutschen Proletariats. Essen ist die Internation der deutschen Eisen- und Bergindustrie, das Zentrum eines Bezirkes, aus dessen Erdteilen die schwarzen Diamanten von fleißigen Händen Tag und Nacht an die Oberfläche geschafft werden. Der Großkapitalismus hat hier sein klassisch-modernes Heim, und Krupp herrscht in dieser Stadt als absoluter Zar über Zehntausende von Arbeiterfamilien. Noch ist Essen eine Burg der Schwarzen, des Ultramontanismus, aber auch da hat der ausgegrenzte Freiheitskämpfer schon herrliche Blüten hervorgezaubert, mehr und mehr beginnt die freiheitliche Arbeiterbewegung in die Köpfe der arbeitenden Massen einzubringen, trotz allen Raues und Ruhes, oder vielmehr auch infolge dieses. Die ganze Stadt ist eigentlich eine einzige Kruppische Fabrik. Und im Herzen dieses Kapitalkolosses verleben die politischen Vertreter des Werte schaffenden Proletariats, wie das Foch der Fabrikantokratie zu brechen sei. Mircaus im ganzen Deutschland wird dem einzelnen Arbeiter drastischer zu Gemüte geführt, daß er als einzelnes schwaches Individuum gegen solche Kapitalkolosse nur ein biegsamer, schmiegamer Strohhalbm ist, daß er nur in der Masse eine Macht repräsentiert. Wie hier Eisen und Stahl zusammengehweißt wird, so fest müssen sich auch die Arbeiterhände ausnahmslos ineinander schlingen, wollen sie ihren Ausbeutern trocken, nicht Elanenhände bleiben.

Einigkeit macht stark heißt hier die Hoffnung aller Schaffenden.

Gleich der erste Tag der Verhandlungen des Essener Parteitages mußte uns leider wieder einmal den Beweis liefern, daß dieser schöne Grundsatz von einem „auserwählten“ Teil der sozialdemokratischen Arbeiterklasse geradezu mit Füßen getreten wird.

Aus dem Bericht des Parteivorstandes war auch zu entnehmen, daß der Vorstand sich den Mannheimer Parteitagsbeschlüssen folgend mit der Einigung der Parteischäftsabteilung besetzt hätte; leider ist sein Bemühen um Einigkeit zwischen Lokalfisten und Zentralfisten der Gewerkschaften zu erzielen, bei einem beträchtlichen Teil der Lokalfisten nicht von Erfolg gekrönt gewesen.

Der Berichterstatter des Parteivorstandes verstand es vorzüglichster Weise, die schwebende „Uneinigkeit-Materie“ zu zergliedern. Mit Recht konnte er am Schlusse seiner höchst objektiven Ausführungen betonen, daß es das Bestreben des Parteivorstandes war und auch noch sein muß, eine Einigung zwischen den streitenden Gewerkschaftsgruppen zu erzielen. Von einem „an die Wand drücken“ kann gar nicht die Rede sein, aber dennoch will auch der Parteivorstand durch den Beschluß des Parteitages klipp und klar ausgedrückt haben, daß von nun an das Bestreben aller sozialdemokratisch denkender Arbeiter dahin zu richten ist, die zentralistische Gewerkschaftsorganisation als die Form derjenigen wirtschaftlichen Interessenorganisation anzuerkennen, die auch von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands anerkannt ist und die einzig und nur zurzeit als existenzberechtigt in Frage kommt, der sich die auf dem Boden des Parteiprogramms stehende Arbeiter unverzüglich anzuschließen haben. Der Parteitag will auch jetzt mit seinen „Anschluß“-Anträgen gegen die Lokalfisten operieren, aber sie mögen nunmehr aus der Stellung des Parteitages erkennen, daß es auch den speziellen Vertretern der sozialdemokratischen Partei Deutschlands damit Ernst ist, dem

Grundsatz: Partei und Gewerkschaften sind eins, insofern Rechnung zu tragen, daß nur eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands, die zentralistische Organisation in Zukunft für die Partei und ihre Einflüsse maßgebend sein kann.

Folgende vom Parteivorstand und der Kontrollkommission vorgelegene Resolution, die fast einstimmig Annahme fand, kennzeichnet den Weg, der nunmehr zu wandeln ist, mit unzweideutiger Schärfe. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die mit den sozialistischen Gewerkschaften auf Grund des Beschlusses des Mannheimer Parteitages eingeleiteten Verhandlungen fortzusetzen und dem nächsten Parteitag über deren Verlauf zu berichten.“

Der Parteitag verurteilt die von vielen Mitgliedern der sozialistischen Gewerkschaften im Gegensatz zum Parteiprogramm betriebene Agitationsweise. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen früherer Parteitage und des Beschlusses des Internationalen Kongresses in Stuttgart, das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften betreffend, hält der Parteitag für den gewerkschaftlichen Kampf eine einheitliche Organisation für notwendig und erbittet in den Zentralverbänden die gegebene Form der gewerkschaftlichen Organisation.

Der Parteitag fordert daher die den sozialistischen Gewerkschaften angehörenden Parteigenossen auf, sich den der Generalkommission angegliederten Zentralverbänden anzuschließen.

Parteivorstand und Kontrollkommission.“

In der Waiseiertrage überließ es der Parteitag den Verhandlungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand, eine glückliche Lösung bezüglich der Untersützungsforderung zu finden.

Zu welcher Höhe sachkundigen Ernstes die Partei die Behandlung schwieriger Probleme zu heben vermag, bewies das ausgezeichnete Meisern, das Genosse Bumm in vollständiger Beherrschung des Stoffes über die Alkoholfrage erlittete. Nejerem und Diskussionsredner entzerrten sich gleichwohl von jener oberflächlichen Beurteilung, die den stillosen Willen des Einzelnen wie der Gemeinschaft ausschaltet, wie von der Reichfertigkeit bürgerlichen Moralisierens oder der Kurzsichtigkeit, die mit dem Spudnapf und dem Karbolwasser die Volksseele anzurotten sich vermischt.

Allseitig wurde in den Kreisen der Delegierten schärfstens mißbilligt, daß die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ in ihrem den Parteitag bewillkommenden Artikel unter persönlichen Angriffen auf die Genossen Webel, David, Wolmar, Poake &c. sowie auf die deutsche Delegation in Stuttgart ein „recht kräftiges Desavou“ verlangte. Und ebenso allseitig kam Genugthuung darüber zum Ausdruck, daß das Bodumer „Volksblatt“ entchieden Stellung nahm gegen diesen von Geschäftigkeit und Fanatismus zeugenden Versuch, aus Essen ein zweites Dresden zu machen, den Gewerkschaftsführern den Krieg zu erklären und den sogenannten Revisionisten am Zeuge zu stellen. Daß es Nachklänge zum Stuttgarter Kongress geben würde, haben wir vorausgesehen und vorausgesagt. Es gereicht uns zur besonderen Freude, in Übereinstimmung mit der erdrückenden Mehrheit des Parteitages Konstatieren zu können, daß es nicht so gekommen ist, wie der „Willkommen“-Artikelredakteur des Dortmunder Parteiblattes mit seinen Ausführungen beabsichtigt hat. Das Gegenteil von dem, was er völlig unmotivierter Weise verlangte, ist eingetreten: sowohl der Bericht und die Debatte, betreffend die parlamen-

telt der Reichstagsfraktion, wie auch und zwar hauptsächlich der in jeder Hinsicht vorzügliche Vortrag Webels über die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage und die daran sich schließende Debatte haben eine nicht hoch genug zu schätzende weitere Klärung für die Stellung der Partei zu den Fragen des Militarismus und der Kolonialpolitik bewirkt. Das Hauptverdienst daran ist dem Genossen Webel zuzuerkennen. Die Art und Weise, wie er es verstand, ohne überflüssige Schärfe des Tones, aus der Fülle seiner reifen und reichen Erfahrung heraus, die Unzulässigkeit und Schädlichkeit der übertriebenen radikalen neuen antimilitaristischen Richtung, zu der einige wenige Parteigenossen sich betonen, zu beweisen, war eine seiner besten Leistungen, vor allem eine Leistung des Nüchterns und klar erfassenden und ermögenden politischen Verstandes, die nach unserem Ermessen von weittragender Wirkung sein wird. Webel in erster Linie gehört ja mit zu denen, die im Namen der Partei sagen dürfen und zu sagen verpflichtet sind: „Wir haben nicht umsonst Jahrzehnte hindurch Erfahrung gesammelt; wir haben gelernt, uns vor unkluger Taktik zu hüten. Aufklärung, Verbreitung von Wissen und Erkenntnis ist das große Mittel, womit die Sozialdemokratie vorwärts kommt.“

Besonders hervorzuheben dürfte sein, was Webel über die Einigung von Arbeitern gegnerischer Organisationen ausführte. Statt hauptsächlich auf die Parteien loszuschlagen, die hinter diesen Organisationen stehen, und damit die betreffenden Arbeiter vor den Kopf zu stoßen, sollten wir den Schwerpunkt darauf legen, sie über ihren falschen Standpunkt zu belehren und darüber aufzuklären, daß die Unternehmung nur deshalb besondere Arbeiterorganisationen unterstützen, weil das die Arbeiterbewegung schädigt. (Divide et impera, „Trenne und herrsche!“) Ist ein alter Grundsatz aller Personal- und Klassenpolitik. Wir dürfen nicht immer, statt aufklärend zu wirken, die Gegensätze unter den Arbeitern noch verschärfen. Das schadet uns gewaltig. Fangt einmal an, diese Taktik auszukübeln, und ihr werdet die Gesichter der Gegner sehen.“ — Und weiter im allgemeinen: „Je ruhiger unsere Gegner werden, um so anfälliger müssen wir über sie bleiben. Nicht das Schimpfen und Verunglimpfen verschafft uns den Sieg, sondern die Güte und Vorzugsfähigkeit unserer Gründe. Und kein Mensch der Welt kann gegen unsere Gründe antworten.“ — Nach allen Richtungen hin haben sich die Dinge verschärft; sie haben sich scheinbar verschlechtert. Aber auch neue Quellen unserer Kraft sind aufgesprungen und im Grunde hat sich daher die Situation für uns verbessert und verbessert sich von Jahr zu Jahr.

Der ganze erhebende Verlauf des Parteitages läßt die Hoffnung reifen, daß endlich jenes vom Selbstkritik und Selbstkenntnis allseits eingetreten ist, daß wir sonst bei manchen Genossen als zu wenig vorhanden betrachten mußten. Gerade deshalb hat aber der Parteitag ganz vorzügliche Arbeit gemacht. Daß dem so ist, beweisen auch die Ausführungen bürgerlicher Blätter, hätten diese doch zu gerne gesehen, daß in Essen einige radikale Dummheiten gemacht worden wären. So besetzt das Zentralorgan der Nationalisierbaren, die „Nationalzeitung“:

„Wahrlich, Heros hat Recht gehabt, als er seine deutschen Genossen sagte Philister nannte; in der heutigen Sozialdemokratie ist, das hat Essen von neuem bewiesen, für Feuersöfse, für Stürmer und Träger kein Raum mehr. Philisternmoral und Philisterei, das war das typische Signum

dieses neuesten „Marxleins“ Kompromiß über Kompromiß, nur nicht Wreden, sondern Wägen, die innere Herrlichkeit durch gegenseitiges Nachgeben überbrücken und sei es selbst um den Preis des Intellekts, weiter ging das Streben der Partei-größen nicht, denn Auge ist ja die erste Bürgerpflicht! Und das will die Partei sein, die durch soziale Revolution eine neue bessere Welt heraufzuführen will, die nach einer verlorenen Schlacht nichts Besseres zu tun weiß, als in endlosem Phrasenstrom leeres Stroh zu dreschen, die es nicht wagt, nach den Ursachen ihres Niedergangs zu suchen, sondern sich damit begnügt, sich mit den verhassten Feinden längelbergangener Zeiten aufs neue zu schmücken? Phylister, nichts als Phylister!

Der Essener Parteitag ist auch von den bürgerlichen Politikern mit Spannung verfolgt worden. Nach den lebhaften Differenzen, die schon seit Monaten in den sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften zutage getreten waren, durfte damit gerechnet werden, daß diese Spannung sich unter dem Druck der Reichstagsberichterstattung zu scharfen Erweiterungen auslösen und neue Linien für die künftige Taktik der Sozialdemokratie vorgezeichnet werden würden. Aber nichts dergleichen geschah.

Das glauben wir der „Nationalzeitung“, daß sie gern gesehen hätte, wenn auch in Essen das Stuttgarter Kapazier eine Rolle gespielt haben würde; sie konnte dann in stiller Entrüstung über den verächtlichen sozialdemokratischen Antipatriotismus machen, wie ihre französischen Kollegen in und das wäre so ein gesundes billiges Pressen gewesen.

Jetzt ist dem Gelächter das vorbereitete Konzept gründlich verborben worden und deshalb schimpft es. Wenn aber kapitalistische Selbstfreier uns beschimpfen, dann haben wir allemal etwas ganz Vernünftiges getan.

Die gute Arbeit des Essener Parteitages wird alle Proletarier zu vervielfachter Arbeit für die Partei anspornen. Mit frischem, fröhlichem Mut geht es jetzt wieder ins Geschäft.

Scharfmacher Wan-Wan!

Die „Spektationszeitung“ möchte gar zu gern alle Unternehmer vor dem bösen Transportarbeiterverband grandul machen. Ab und zu bringt sie wahre Schwärmerromane, um diesen ihren Zweck zu erreichen. So schrieb sie kürzlich:

„Und bist Du nicht willig...“

Zu dem Kapitel „Transportarbeiterverband“ erhalten wir von der Spektationsfirma Z. Mettenmayer, Wiesbaden, nachstehende Zuschrift:

Die Gaulteitung des hiesigen Transportarbeiterverbandes will mich zwingen, (obwohl meine Leute dem Verbande nicht angehören), einen Arbeitsvertrag mit ihr abzuschließen. Zwei andere hiesige Firmen haben bereits einen solchen Vertrag abgeschlossen und deshalb droht man mir, wenn ich bis zum 19. September den mir vorgeschlagenen Vertrag nicht unterzeichne, würde Ordre an alle Wähe, wo Arbeiter-Verbände und Verträge mit Unternehmern existieren, ergehen, daß alle Arbeiter bezw. Transporter meiner Firma weder ab- noch angeladen werden dürfen.

Man will mich also mit Hilfe meiner eigenen Kollegen — zwingen, einen Vertrag mit dem Arbeiterverband zu schließen und scheut sich nicht, diejenigen meiner Herren Kollegen, die nachgefragten einen Vertrag eingegangen sind, noch weiter zu terrorisieren, indem man sie zwingen will, gewisse Transporter, die dem Arbeiterverband nicht angenehm sind, nicht auszuführen.“

Anmerkung der Redaktion.

Eine solche Forderung des Kampfes entspricht dem Programm des Transportarbeiterverbandes. Wenn der Verband sich eben bemüht, eine Aufgabe zur Erfüllung zu bringen, dann scheut er sich im Kampfe selbst der schmutzigsten Mittel nicht. Daß die Machtstellung des Verbandes immer größere werden, beständig obiges Schreiben. Durch Arbeitslosigkeit hervorgerufene Streikaktionen blieben früher meist lokal beschränkt; heute aber ist es Aufgabe des Verbandes, bei solchen Anlässen den Kreis seiner Bewegungen größer zu ziehen. Diese Aufgabe steht aber vorläufig nur auf dem Papier. Denn der Transportarbeiterverband wird sich mit Rücksicht auf seine finanziellen Verhältnisse hüten, eine totale Zwangsmaßnahme zu favorisieren für einen Mißerfolg zu machen. Ein derartiger Mißerfolg müßte aber nachgefragten entstehen, wenn der Verband die edle Dreistigkeit besitzen sollte, allen deutschen Spektatoren und Möbeltransporter zu unterjochen, Subventionen der Firma Mettenmayer abzuerheben! Daß eine solche Drohung auch ohne Verwirklichung für den Transportarbeiterverband unangenehme Wirkungen hinterlassen wird, ist zweifellos anzunehmen. Denn auch den Angehörigen der Tarifverträge muß hierdurch der Glaube genommen werden, daß ein Tarifvertrag den Frieden sichert! Dieser Friede erlöst eine Störung, wenn diejenigen Firmen, welche Tarifverträge abgeschlossen haben, sich auch als Werkzeug zur Förderung der Interessen des Transportarbeiterverbandes benutzen lassen sollen.“

Der reitet so spät durch Nacht und Wind. Es ist Herr Wagner, er stimmt und stimmt... könnte man zu dieser Stelle in der „Spektations- und Schiffahrts-

zeitung“: „Und bist Du nicht willig usw.“ sagen, wenn die Sache nicht zu ernst wäre. Der alte lateinische Satz: „Angor malae contentio est magnus“ (Die Angst eines schlechten Gewissens ist groß) behält auch in diesem Fall seine Gültigkeit, denn wenn Herr Wagner (in Firma Mettenmayer) alle seine Kollegen in Deutschland durch seine Forderungen aufstößt und zu Hilfe rufen, können auch wir mit demselben Recht alle Kollegen Möbelträger und Packer von ganz Deutschland anrufen machen, daß sie sich die Firma Mettenmayer-Wiesbaden sehr genau ansehen und nur dann ihre Arbeitskräfte derselben zur Verfügung stellen, wenn Herr Wagner uns (die organisierten Möbelträger und Packer) als gleichberechtigt anerkennt. Daß es nur Forderungen bezw. Anpreisungen sein können, die Herr Wagner der „Spektations- und Schiffahrtszeitung“ überreicht hat, können wir wie folgt beweisen. Was jetzt hat Herr Wagner es noch verschämmt, die Gaulteitung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes zu empfangen, viel weniger mit ihr zu verhandeln; wo er also herweise, daß er den Vertrag unterschreiben soll, ist eben nur der Erlösung mit Kron und Schwel. Mein Sohn, Herr Wagner, es ist ein Nebelstreich.

Dieser Herr hält es eben unter seiner Würde, mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband zu verhandeln. Es ist daher ganz begründlich, wenn sich unsere Kollegen für zu gut halten, sich von diesem Frosen ausbeuten zu lassen. Wir können vielmehr unseren Kollegen dringend raten, das Geschäft von Mettenmayer zu meiden und dadurch dem Herrn zu zeigen, daß wo anders auch noch Brot gebaden wird.

Der Redaktion der „Spektationszeitung“ können wir nur mitteilen, daß wir uns keiner so niedrigen Mittel bedienen, wie es einige Unternehmer (siehe Figur) betreiben. Wir würden ganz gern die Streitfrage auf lokalem Boden ausgetragen haben; da Herr Wagner es beliebt, in die breite Öffentlichkeit zu treten, so werden auch wir in genau derselben Weise vorgehen. Wir werden nicht eher ruhen, bis wir auch diese Firma zum Abschluß eines Tarifs veranlaßt haben. Hier entscheidet eben wie überall die Macht der Organisation. Wenn die Redaktion von einem Mißerfolg, der entsetzlich wäre, so mag sie beruhigt sein, denn alle einschlägigen Arbeiter stehen auf unserer Seite. Es ist wirklich nur Eigenstimm mit Derrichlung gepaart, wenn die Firma Mettenmayer als größte Firma das nicht eingehen will, was andere Firmen am gleichen Ort längst mit uns eingegangen sind. Wir werden unsere abgeschlossenen Tarifverträge überall und zu jeder Zeit einhalten, das Gegenteil muß uns die verbreitete Redaktion erst nachweisen; aber wenn wir die Schmutzkonkurrenz beilegen wollen, dann müssen eben an ein und demselben Orte auch ein und dieselben Arbeitsbedingungen und Löhne eingehalten und gezahlt werden. Wir verlangen keine Hilfe von den Firmen, die mit uns Tarife abgeschlossen haben, sondern wir werden uns selbst zu helfen wissen. Niemand kann unseren Kollegen zumuten, für eine Firma tätig zu sein, die ihren Arbeitern das Koalitionsrecht verweigert, ja sogar die ganz ungesetzliche Handlung begeht und alle Arbeiter prolos macht, die von dem ihnen gewährtesten Koalitionsrecht Gebrauch machen.

Der Kampf der Möbeltransportarbeiter in München

banert bei Redaktionsschluss dieses Blattes noch an. Noch einmal sollte vor dem Gewerbegericht die Einigungsverhandlung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern fortgesetzt werden, allein die Arbeitgeber blieben der Verhandlung fern und schickten nur den Schriftführer des Arbeitgeberverbandes Bromberger und den Schriftführer der Vereinigung der Möbeltransporter Geith, die die durch die Erklärung abgaben, daß die Arbeitgeber angelichts der Ausbreitungen der Streikenden in seine Verhandlungen eintraten und mit der Organisation der Arbeitnehmer überhaupt keinen Tarif abschließen. Gewerbebericht Sartorius bemerkte hierzu, daß diese jede weiteren Verhandlungen strikte ablehnende Erklärung der Arbeitgeber nur geeignet sei, die unter den Arbeitnehmern herrschende Erbitterung noch mehr zu steigern. Schon bei der letzten Verhandlung habe die Stellungnahme der Arbeitgeber einer Provokation geglichen, wie ein Ei dem anderen. Die Herren Bromberger und Geith erklärten darauf, daß es ganz ausichtslos sei, noch den Versuch zu machen, einen neuen Termin anzusetzen. Die Arbeitgeber würden nicht erscheinen, sie wollen nicht verhandeln. Gewerbebericht Sartorius bedauerte auch diese Erklärung, die nicht geeignet sei, den Frieden im Gewerbe herzustellen. Kollege Dobler fragte nun an, ob die Erklärung der Arbeitgeber, daß man sich mit der Organisation der Arbeitnehmer in keinerlei Tarifverhandlungen mehr einlassen wolle, so zu verstehen sei, daß über den bereits geschätzten Tarif im Spektationsgewerbe auch nicht verhandelt werden soll. Die Vertreter der Arbeitgeber beantworteten diese Frage mit Nein. Da es aussichtslos war, noch weitere Versuche, eine Verhandlung herbeizuführen, zu machen, schloß der Vorsitzende mit dem Ansbruch des Bedauerns die kurze Besprechung. Abends referierte der Bevollmächtigte im Appell der Streikenden über die gegenwärtige Situation; Beschluß über die zu ergreifenden Maßnahmen werden erst heute gefaßt. Einher ermahnte aber die Streikenden eindringlich, sich aller Ausbreitungen zu enthalten und zu beweisen, daß durch ruhiges Handeln mehr erreicht werde, als durch gewalttätiges Vorgehen. Die moralische Verantwortung aber für alles, was sich noch ereignen wird, haben die Arbeitgeber, die die wirklich Gewalttätigen sind, zu tragen, und die

hochwohlweise Polizei, deren Organe entweder falsch instruiert sind, oder die Instruktion nicht verstehen wollen.

Die bürgerlichen Zeitungen berichten in ausführlicher Weise über verschiedene Maßregelungen der streikenden Möbeltransportarbeiter; sie lassen es auch auf guten Mahnungen nicht stehen, allein eine wirklich objektive Auffassung des Geschehnisses wird nicht betrieht und doch würde gerade sie dazu beitragen, Ausbreitungen hinzuzuhalten. Die Möbeltransporter verweigern ihren Arbeitern nicht nur die Bewilligung einer sehr mäßigen Forderung, sondern sie wollen den Tarifvertrag, unter dem bis jetzt gearbeitet wurde, verschlechtern, obwohl sie selbst diesen Tarifvertrag benutzt hatten, die Preise für die Leistungen hinaufzuschrauben. Der Gewerbebericht Sartorius nannte das Verhalten der Möbeltransporter selbst geradezu unerhörte! Die Erbitterung der Streikenden ist daher groß und sie wurde noch verschärft durch das Auftreten einiger Schmeichele gleich zu Beginn des Streiks. Was soll man zu einer Ausherrung eines Schmeichlers — seine Nummer könnte namhaft gemacht werden — sagen, die lautet: „Mit diesen 250 streikenden Männern sind wir gleich fertig, die sperrt man einfach ein.“ Eine solche Ausherrung wird doch alles eher als beruhigend wirken. Verschwiegen wird auch daß einige Streikbrecher bewaffnet wurden; einer gab sogar seinen Namen an, daß man sich seiner hinhincommen, wenn man während dieses Streiks einen Umzug von einer befreiten Firma vornehmen läßt. Die Streikbrecher sind fast ausnahmslos schwächere Leute, die länger als kräftige und eingestufte Arbeiter mit ihrer Arbeit brauchen. So verlangte kürzlich ein Möbeltransporter der Streikbrecher beschäftigt, für einen Umzug 60 Mk. Als dann ein anderer Möbeltransporter, der die Forderung der Arbeiter bewilligt hat, und daher über gestufte Kräfte verfügt, über den Preis befragt wurde, konnte er als Höchstpreis 55 Mk. bezeichnen und erhielt natürlich auch den Auftrag. Sehr vernünftig handelte eine Professorwitwe, die von den Streikenden, die zufällig von ihrer Ansicht, unangenehm, erfahren hatten, aufgeklärt worden war. Sie beschloß, als der Möbeltransporter ankam, seine Leute, größtenteils jugendliche und schwache Gestalten, und erklärte, daß sie diesen unangelegten Arbeitern ihre Möbel nicht anvertrauen. Sie engagierte dann acht Streikende, die zur Zurückbeibehaltung der Frau arbeiteten, die obenrecht weniger zu zahlen hatte, als sie für die Streikbrecherarbeit hätte zahlen müssen. Verschiedene Möbeltransporter waren auch bereit, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, wenn nicht der Arbeitgeberverband eine Konventionstraße von 300 Mark festgesetzt hätte. Als etwas ganz Selbstverständliches aber erachten wir es, daß die Organisation sein Mittel unversucht läßt, im Ausbreitungen der Streikenden hinaanzuhalten. Mag auch die Erbitterung der Streikenden begreulich sein, sie haben als höheres Interesse das Aufheben ihrer Organisation und der ganzen modernen Arbeiterkraft zu wahren; das würde gefährdet durch Ausbreitungen, die sich bei korrektem Verhalten vermeiden lassen.

Die Polizeidirektion läßt folgendes vom Schapel:

„Die Lohnbewegung im Möbeltransportgewerbe hat schon bald nach Beginn umfangreicher Störungen des Straßenverkehrs sowie Verteilungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit gezeitigt. Täglich ereignen sich aus Anlaß von Unzulässigkeiten gleichzeitig in verschiedenen Teilen der Stadt Ausfälle, die zunächst durch Unbeschäftigte hervorgerufen werden, welche sich in der Nähe der Transportwagen aufstellen und auf die dort Beschäftigten herandrängen, die Hauszünge und Gehbahnen verlassen, sowie durch Junge und Verrückte aller Art die Arbeitenden abzulenken und abzuhalten suchen. Nicht selten sind diese Versuche wenigstens vorübergehend von Erfolg begleitet gewesen, so daß die Unzulässigkeiten, die sich auf öffentlichen Straßen und Plätzen vollziehen, und wegen ihrer verkehrsbeeinträchtigenden Wirkung an sich schon nach Möglichkeit gefördert und bestärkt werden müssen, ganz erhebliche Verzögerung erleiden. Zudem befindet sich infolge jener Störungen der Umzüge das Eigentum gänzlich unbeteiligt dritter in dauernder Gefahr, wie auch Leben und Gesundheit der mit den Arbeitern Betrauten dadurch ständig bedroht sind. Ueberdies ist schon vorkommnisse dieser Art weit das Maß des Irrenden Zulässig, so nähern sich die in den letzten Tagen anlässlich der Möbeltransporter, des Ein- und Auswadens usw. in großer Zahl festgestellten und zur Anzeige gelangten Zusammenrottungen und Unfälle, Beschimpfungen und Bedrohungen, einfache und erickrierte Körperverletzungen, Mißhandlungen, Sachbeschädigungen (Entfernung und Entwendung der Postkoffer und Schraubenschlösser von den Rädern der Transportwagen) ebenfalls jenen Auswüchsen, welche von den Vertretern jeder Gesellschaftsordnung verurteilt und bekämpft werden.“

Von der Ueberzeugung ausgehend, daß bei ernstlichem Willen der Leiter der Bewegung wie aller übrigen Beteiligten auch wissenschaftliche Kämpfe in den Formen geführt werden können und müssen, welche sich den für jedermann gültigen gesetzlichen Schranken anpassen, wird die Polizeidirektion nach wie vor allen Ausbreitungen in den oben erwähnten Richtungen aufs Bestimmteste entgegenzutreten und die Aufrechterhaltung der Ordnung und Verkehrssicherheit auch auf den öffentlichen Straßen und Plätzen mit allem Nachdruck durchsetzen. Das Publikum wird ersucht, im Interesse der öffentlichen Ordnung und des Verkehrs, wie auch nicht weniger im Interesse der eigenen Person nicht durch neugieriges Schenken von Aufmerksamkeiten hervorgerufen oder zu veranlaßt und die Tätigkeit der Polizeiorgane in Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Verkehrssicherheit nicht durch schwerere, zumal Zuwiderhandeln sich selbst be-

Schon viele Monate lang beunruhigt, hat zu diesem Schritte wirksamster Energie geführt. Man will endlich Ruhe im Hause haben. Die Maßnahme der Kieler Arbeitgeber hat in den sozialdemokratischen Parteikreisen einen wahren Orkan wütender Ausfälle zur Folge gehabt. Es ist dies der beste Beweis dafür, daß der wohlverdiente Sieg nicht nur eiserne Entschlossenheit und rücksichtslose Energie garantieren den Erfolg und führen bei derartig leichtsinnig und frivol in Szene gesetzten Arbeitsbewegungen zu geblühlichem Frieden."

Es ist am 22. September schrieb das vielelebe Organ noch:

Die vollständige Bruchlegung des Baugewerbes in Kiel steht unmittelbar bevor. Da die Holzhandlungen, Baumaterialienhandlungen, Ziegelwerke und Eisenwarenhandlungen kein Baumaterial mehr liefern (vgl. S. 433 d. Ztg.) haben die Vorstände sämtlicher Innungen den Beschluß gefaßt, der demnächst stattfindenden Generalfammlung vorzuschlagen, alle mit dem Baugewerbe in Verbindung stehenden Betriebe wegen Mangel an Material zu schließen. Die Arbeitgeber haben den Vorstoß der Arbeitnehmer, das Gewerbeamt als Einigungsamt anzunehmen, abgelehnt. Sie verlangen zunächst bedingungslos die Wiederaufnahme der Arbeit.

Man sollte eigentlich von einem Worte von derartiger Wichtigkeit verlangen dürfen, daß es über die Vorgänge im eigenen Lager etwas besser unterrichtet wäre, denn in dem gleichen Datum konnte man in den hiesigen Blättern schon folgendes Inferat lesen:

Arbeitsgeberverband Kiel.

An unsere Mitglieder!

Wir teilen hierdurch mit, daß nunmehr mit den Kaufmann und Handarbeitern der Holzhandlungen sowie mit den Eulstaleinrichtern und Heizungsmonteur eine Einigung erzielt ist. — Es sind hiermit die Beschlüsse der Versammlungen vom 26. August und 4. September d. J. aufgehoben. Demgemäß werden die Holz-, Baumaterialien- und Eisenwarenhandlungen sowie die Ziegelwerke und Hartsteinwerke für den Verkauf aller Waren der Baubranche wieder geöffnet und gleichzeitig nach Bedarf in allen Betrieben unserer Mitglieder wieder neue Arbeiter eingestellt.

Unser

Arbeitsnachweis (Telephon 1371)

folgt am Montag, den 23. d. Mts., für die Arbeitsvermittlung in allen Betrieben geöffnet und empfehle ich denjenigen zur gefl. Benutzung.

Der Vorstand und das Direktorium."

Also, liebe "Arbeitgeber-Ztg.", etwas mehr Präzision und Frigilität in puncto Berichterstattung ist durchaus am Platze. Und im übrigen ist's ganz angebracht, nicht mit Steinen zu werfen, wenn man selbst im Glashause sitzt. Denn, so ganz unter uns, von wem ist wohl der Frieden einer ganzen Stadt trieblos und leichtsinniger geführt worden, als vom Kieler organisierten Unternehmertum, das in seinem verbündeten Machtbündel wegen dieser "230 ungelerten Arbeiter" glaubte, nicht allein seinen Herrschaftswillen durchzusetzen, sondern nebstbei auch noch die vertriebenen Arbeiterorganisationen gegeneinander auszuspielen und für spätere Kämpfe widerstandsfähig machen zu können? Wenn irgendetwas, dann ist in den Reihen des Scharfmacheriums ein "unehörliger und geradezu maßloser Terrorismus" zu finden gewesen; wir erinnern hierbei nur an den Beschluß der Arbeitgeberverbandversammlung vom 26. August, wo Punkt 5 der Resolution lautete:

"Sämtliche Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind verpflichtet sich, von heute an Arbeitnehmer aller Art nicht mehr einzustellen."

Das ist natürlich kein Terrorismus!

Wie im weiteren die "bedingungslos" Wiederaufnahme der Arbeit ansah, erhellt aus folgender Vereinbarung, die am Morgen des 22. September zwischen Vertretern des Arbeitgeberverbandes Kiel und unserer Organisation getroffen wurde. Dasselbe lautet:

1. Am Montag, den 23. September, zwischen 8 und 9 Uhr, werden sich die Arbeiter und werden nach Bedarf eingestellt.
2. Um 10 Uhr wird die Verhandlungskommission neuwählt.
3. Die Kommission setzt sich sofort mit dem Vorstande des Vereins der Bau- und Aufholzhändler in Verbindung.
4. Der Tarifvertrag wird am Montag, den 23. September vor dem Gewerbeamt vorstehenden abgeschlossen.
5. Nach Unterzeichnung des Tarifvertrages wird die Arbeit aufgenommen.

Und so geschah es! —

Wenn wir einigens schreiben: Frieden — oder Waffenstillstand! so das letztere nur, weil folgende Notiz in der "Kieler Ztg." vom 25. September:

"Die Holzlagerarbeiter sind Dienstag, soweit dies anmöglich gewesen ist, bei den Holzfirmen wieder eingestellt. Für die Arbeitnehmer wird der Streik noch immer von nachhaltigen Folgen sein, weil bei der vorgeschrittenen Saison auf eine lebhaftere Entwicklung des Holzgeschäftes kaum noch zu rechnen ist. Verschiedene Verhandlungen von Vollen sind, wie früher schon erwähnt wurde, auf Frühjahrabschlüssen verschoben und es wird jetzt schwer

halten, in diesen Anfragen eine Forderung herbeizuführen. Ein Ausfall an Arbeitslegenheit wird auf alle Fälle zu erwarten sein."

recht eigenartige Gedanken ausstößt. In den Streikveranstaltungen wurde den Kollegen immer wieder berichtet, daß der Arbeitgeberverband bezw. dessen Vorstand, nach seiner eigenen Angabe, keinerlei Verbindung mit bürgerlichen Blättern, besonders der "Kieler Ztg." pflege, und nun weiß dieses selbe Blatt bereits zu melden, daß ein Ausfall von Arbeitslegenheit auf alle Fälle zu erwarten sein wird! Woher stammt diese Wissenschaft der Zukunft? Will man in den maßgebenden Kreisen des Arbeitgeberverbandes bereits jetzt vorarbeiten, um eventuelle spätere Maßnahmen mit Arbeitsmangel "erklären" zu können? Für unsere Kollegen gleich diese Notiz einer leuchtenden Katze, die das Dunkel über die Absichten eines blühwütigen Unternehmertums blickartig erleuchtet und sie erkennen läßt, daß es für alle Arbeiter nur ein wirklich wirksames Mittel gibt, errungene Rechte und Vorteile zu behalten, und das ist das Festhalten und rastlose Mitwirken an der Organisation.

"Mülle für den Krieg, um den Frieden zu sichern", rufen uns in bezug auf das "Waterland" unsere Patrioten immer zu. Nun wohl, Kollegen, zieht hieraus die richtige Mahnung! Es ist die Waffe für die Kämpfe der Zukunft, stärkt mit aller Energie die Organisation, dann werden wir, wenn unsere Zeit gekommen, noch bessere Erfolge erzielen!

Ein Beitrag zur Krankenversicherung im Transportgewerbe.

Unsere Meeraner Kollegen haben vor kurzem einen Kampf zu Ende geführt, der sich um die Ausschaltung unserer Berufsgenossen aus der Gemeindeversicherung und Aufnahme in die Ortskrankenkasse drehte. Die einzelnen Phasen dieses Kampfes sollen hier wiederholt werden. Der Unterschied zwischen den Bestimmungen der Gemeindeversicherung und den kausalen Vorschriften einer Ortskrankenkasse liegt in der Berechnung der Höhe des Krankengeldes. Für die Versicherten kann es aber nicht gleichgültig sein, wie hoch im Krankheitsfälle die Unterstützung der Kasse sind, eine möglichst dem eigentlichen Arbeitsverdienste genäherte Unterstüfung wird das Praktische sein. In der Gemeindeversicherung wird die Höhe der Unterstüfungssätze nach dem ortsbildlichen Tagelohne bestimmt und zwar mindestens die Hälfte des ortsbildlichen Tagelohnes für gewöhnliche Lagerarbeiter. In den Ortsklassen sind dagegen Klassen nach dem jeweiligen Verdienst vorgesehen, die nach Beitragspflicht und Unterstüfungshöhe variieren. Aus den letzteren Gründen erklärt es sich, daß viele Arbeitgeber sich dagegen sträuben, daß ihre Betriebe aus der Gemeindeversicherung in die Ortsklasse überführt werden, denn über die Beitragshöhe besagt das Gesetz: Die Beiträge dürfen in der Gemeindeversicherung gewöhnlicher Arbeiter, bei den Orts- u. Krankenkassen dagegen 3 bis 4 1/2 pCt. des Durchschnittslohnes der versicherten Arbeiter nicht übersteigen. Bei den Krankenkassen trifft es genau so wie bei allem anderen zu, wo keine hohe Leistung ist, kann auch die Gegenleistung nicht hoch sein. Interesse am niedrigen Beitrag hat nur der Arbeitgeber, der Arbeiter hat dann, wenn er — des Schutzes am meisten bedarf, nur den Schaden.

In Punkt Einheitslohn der Kassenverhältnisse besteht nun in vielen Orten das reinste Lohnwucher, neben Ortsklassen bestehen Innungs-, Betriebs-, Knappschicks-, Bau- und sonstige Klassen, und wie ein Wellen im Verborgenen existiert und begünstigt auch noch die Gemeindeversicherung. Einer jener Orte ist auch Meerane in Sa. Unsere Kollegen waren bis vor kurzem in der Mehrzahl der Gemeindeversicherung zugehört. Im Jahre 1886 hatte sich ein Vorstand einer Ortsklasse dahin ausgesprochen zu äußern, wohin die Transportarbeiter gehen, das Gutachten lautete ungefähr: "Zu unserer Ortsklasse nicht, weil sie nichts zu unserm Stammkapital beitragen haben." Ist das nicht echt lächlich!

Dem Vorgehen unserer Organisation ist es in erster Linie zu danken, daß heute die Sache besser liegt. Wir haben zunächst Vorträge über das Krankenversicherungsgesetz gehalten. Damit erzielten wir bei den Kollegen das zunächst notwendige Verständnis darüber, daß niedrige Krankentafelbeiträge nicht im Interesse der Versicherten gelegen sind. Nachdem nun so der Stein ins Rollen gebracht, sonderien wir die Stimmung bei der Versammlung. Mittels einer Eingabe vom 15. Februar 1906 an den Stadtrat zwangen wir diesen zum Neben. Eingabe und Antwort, die wenig ermügend ausfiel, mögen hier folgen:

An den Stadtrat zu Meerane.

Die in beiliegender Liste verzeichneten Arbeiter des Handels- und Transportgewerbes erjuden um Ueberweisung der in diesem Beruf tätigen Angehörigen, soweit diese der Gemeindeversicherung angehören, in die am hiesigen Orte bestehende Ortskrankenkasse.

Begründung.

Die Krankenversicherung ist unter den heutigen Erwerbsverhältnissen eines der wichtigsten Faktoren, an die der Arbeiter zu denken hat. Von großer Wichtigkeit ist daher der Betrag des Krankengeldes, welches dem Arbeiter im Falle einer Krankheit gezahlt wird. Dieser Betrag ist nun in der Gemeindeversicherung so gering, daß ein

jeder Arbeiter, welcher einmal das Unglück hat, krank zu werden, gezwungen ist, den Kredit der Geschäftskasse in Anspruch zu nehmen, wenn er keine andere Einkunftsquelle neben der Krankenunterstützung während seines Krankheits hat.

In Erwägung nun, daß die Unterstüfungssätze der hiesigen Ortskrankenkasse weit höhere sind als in der Gemeindeversicherung, so erfinden die Unterzeichneten den wohlwollenden Stadtrat, in dem oben erwähnten Sinne verfahren zu wollen.

Erwähnt soll noch werden, daß ein großer Teil dieser Berufsgenossen jetzt schon der Ortskrankenkasse angehört, es daher nicht mehr als billig wäre, wenn in dieser Richtung eine Einheitsrichtung geschaffen würde, wenn von selten des Stadtrates wie oben verfügt würde.

Einem wohlwollenden Bescheid, welchen man an den Unterzeichneten richten wollte entgegengehend, zeichnet mit

Hochachtung

J. A. Alfred Fiebold, Hohenberg 113.

Anbei eine Liste mit Unterschriften.

Die hierauf eingegangene Antwort lautete:

Meerane, am 8. März 1906.

An

Herrn Karl Alfred Fiebold in Meerane.

Ihr Gesuch vom 15. Februar 1906 um Ueberweisung der im Transportgewerbe beschäftigten Personen an die hiesige Ortskrankenkasse hat der Rat in seiner Plenarsitzung vom 5. dieses Monats nach vorherigem Gehöre des Ausschusses für die Gemeindeversicherung und in Uebereinstimmung mit dessen Gutachten abgelehnt, da es nicht angängig erscheint, nur einzelne Betriebszweige der Gemeindeversicherung zuzunehmen. Zur Bescheidung auf Ihr eingangs erwähntes Gesuch werden Sie hiervon in Kenntnis gesetzt.

Der Stadtrat, Fiebold, Bürgermeister.

Dieser Ausschluß aller obigen Verhältnisse konnte uns natürlich nicht abhalten, die Sache weiter zu verfolgen. Zunächst bemühten wir eine ausgearbeitete Lohnbewegung, die durch Stadträtliche Vermittlung beigelegt wurde, dazu, um den dort vertretenen Arbeitgebern Gelegenheit zu geben, sich in dieser Sache ebenfalls zu äußern und zwar in Gegenwart eines Stadtrates. Die Antwort fiel nicht unangünstig aus, so daß wir zunächst auf den geplanten Beschwerdebezugs verzichten, dagegen verjudeten, eine gemeinsame Eingabe mit den Arbeitgebern zu fassen zu bringen. Wie das in solchen Provinzorten vielfach der Fall ist, wollte von den Firmeninhabern weiter die erste Unterschrift geben, jeder schob den andern vor's Loch, aber auch darüber kamen wir hinweg; die größte Firma der Speibitionsbranche gab uns die Unterschrift, und dann erhielten wir die anderen auch. Nunmehr richteten wir eine neue Eingabe an den Stadtrat, die folgenden Wortlaut hat:

An den Stadtrat

zu Meerane.

Endeunterzeichneter, sowie die in beiliegender Liste verzeichneten Arbeiter und Arbeiter der hiesigen Transport- u. Gewerbe erjuden den Stadtrat höflichst um Ueberweisung dieser Arbeiterkategorie aus der Gemeindeversicherung in die Ortskrankenkasse.

Der Stadtrat hat zwar unterm 8. März a. e. ein ähnliches Gesuch abschlägig beschieden, die sich daraus ergebende Situation für die Transportarbeiter ist aber eine derartig unbillig, daß wir erneut an den Stadtrat herantritten müssen.

Zur Begründung unseres Erjudens verweisen wir nur auf die diesbezügliche Eingabe "Fiebold und Genossen" vom 15. Februar 1906, die wir zu der unsrigen machen und bekennen nur noch, daß wir durch die jetzt übliche Ueberweisung zur Gemeindeversicherung in Krankheitsfällen pekuniär schwer geschädigt werden, welche Wirkung jedenfalls nicht Absicht des Stadtrates sein kann.

Wohlwollender Behandlung und baldigen Bescheides gewärtig, zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung

Albin Fiebler.

Die hierauf eingegangene Antwort lautet weitestlich anders als die auf die erste Eingabe. Sie möge folgen:

Meerane, den 3. Nov. 1906.

Herrn Albin Fiebler

in

Meerane.

Auf Ihre in Ihrer Eigenschaft als Verantworte der "in Transport- und anderen Geschäften beschäftigten Personen" und deren Arbeitgeber außer gerichtete Eingabe, dahin gehend, diese Personen aus der hiesigen Gemeindeversicherung in die Ortskrankenkasse zu überweisen, wird Ihnen bekannt gegeben, daß wir bei unserer, Ihnen mit Schreiben vom 8. März ds. Js. erstellten Beschlüsse stehen nicht müssen, da die Entlassung einzelner Betriebe aus der Gemeindeversicherung diese in versicherungsmathematischer Hinsicht stark gefährden würde. Da wir indes die von Ihnen vorgebrachten Gründe als beachtlich anerkennen und nicht erst jetzt die Ueberzeugung gewonnen haben, daß dieselben Gründe für die Mehrzahl der in der Ge

meindrankenkasse versicherten Personen zutreffen, sind wir der Frage näher getreten, ob nicht die Ueberweisung in die Ortskrankenkasse zweckmäßiger sei. Vor entscheidender Entscheidung in dieser Angelegenheit, die eine Reihe zu überwindender Schwierigkeiten darbietet, ist uns vor allem die Stellungnahme der Ortskrankenkasse zu wissen nötig. Mit ihr haben wir uns bereits in Verbindung gesetzt und hoffen, daß die eingeleiteten Schritte zu dem gewünschten Ergebnis führen werden. Zur Befriedigung Ihrer Anstagesgeber wird Ihnen dies mitgeteilt.

Der Stadtrat,
Witzgen,
Bürgermeister.

Die Ankunft der Ortskrankenkasse fiel natürlich weitlich anders aus, als die vom Jahre 1886. Da mit ihr aber auch die Möglichkeit gegeben, nach Beilegung aller Hindernisse eine Verschmelzung beider Kassen herbeizuführen. Dieses ist denn nun auch geschehen. Seit dem 1. Juli sind beide Kassen miteinander verschmolzen, und unsere Kollegen sind seit dieser Zeit in der ihnen viel mehr Vorteils bringenden Ortskrankenkasse. Soweit wir bis jetzt übersehen können, ist alles glatt gegangen, nur einige Firmen haben ihr Personal in einer zu niedrigen Masse angenommen. Dem werden wir aber schon nach abhelfen. Die Kollegen mögen aber aus dem Fall ersehen, wie die Organisation ein Hindernis nach dem andern überwindet und so Schritt für Schritt dem Ziele näher kommt, bis es endlich erreicht ist. Ausdauer führt zum Ziel.

**Aus unserem Beruf.
Dierfahrer.**

Mainz. Am 18. Juli war der Bierführer Mann V. der Brauerei Schöfferhof mit Pfaffenbierladen beschäftigt; als er fertig war, kam der Expedient Sch., und zählte die Kassen nach und sagte zu L., er habe 4 Kassen zu wenig geladen, er sollte diese noch aufladen, was auch der Kollege Fuhrmann befolgte. — Dann lud dieser sein Eis, ging in den Stall, sein Pferd zu holen, ließ den Expedient den Wagen mit Hilfe anderer Kollegen auf die Straße fahren. Der Kollege L. besahnte den Wagen, fuhr hierauf einige Schritte weiter und trank eine Tasse Kaffee. Inzwischen hatte sich der Expedient Sch. wieder eingefunden und sagte zu L. Sie haben 3 Kassen Bier zu viel. Der Kollege antwortete, Sie haben ja zu mir gesagt, ich sollte noch 4 Kassen dazu laden, dieses habe ich auch getan mit dem Glauben, daß Sie richtig gesagt hätten. Der Fuhrmann fuhr darauf weiter, verkaufte das Bier und feierte den ersten Betrag ab. Des Mittags wurde der Kollege zu dem Direktor gerufen. Dieser erklärte ihm, er sei entlassen und er werde ihn noch wegen Diebstahl zur Anzeige bringen. Mit Hilfe des Verbandes wurde der Kollege wieder eingestellt mit dem Bemerkten, wenn er vor dem Schöffengericht freigesprochen würde, übrigensfalls er sonst wieder entlassen würde. Am 20. September hatte sich nun der Kollege L. vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Diebstahls zu verantworten. Nach längerer Beweisaufnahme wurde der Kollege freigesprochen. Wäre der Kollege nicht im Verbands gewesen, so wäre er auf das Strafhaus gefahren, und es würde sich niemand um ihn gekümmert haben. Deshalb rufen wir allen Kollegen zu, treten ein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband, denn er ist es, der die Interessen seiner Mitglieder wahr.

Droschkenführer.

857 Droschkenhaltestellen hat jetzt Groß-Berlin anzuzuwenden. Nach der soeben erschienenen Bekanntmachung des Polizeipräsidiums über die Droschkenhaltestellen bestehen für Taximeterdroschken in Berlin 487, für Automobildroschken 44. In Charlottenburg gibt es 45 Haltestellen für Taximeter und 18 für Autos, in Schöneberg betragen die Zahlen 28 und 5. Nirgend zählt nur 6 Taximeterhaltestellen. Wilmersdorf dagegen verfügt über 23 Haltestellen für Droschken und 4 für Automobile, Weißensee, Lichtenberg und Friedenau müssen sich mit je 3 Haltestellen begnügen. Die Droschken zweiter Klasse stehen auf dem Ausserbetrieb. Sie haben in Berlin immerhin noch 179, in Charlottenburg aber nur 5, in Weißensee 2 Haltestellen und in Schöneberg und Nirdorf sogar nur je eine.

Berlin. Der Beruf der Droschkenführer ist bekanntlich einer derjenigen, welchen die Polizei, sowie die Beamten derselben ihre ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Warum dies eigentlich geschieht, ist immer noch ein ungelöstes Rätsel, denn es gibt in diesem Beruf wie in jedem anderen, Menschen, die es vorzuziehen nicht verdienen, daß sie polizeilich mit noch besonderer Sorgfalt beobachtet werden. Trotz dieser sorgfälligen Beobachtung, welche daraus entspringt, die Droschkenführer nicht etwa vor Uebertretungen zu warnen, sondern sie dabei zu ertwischt, kommt es häufig vor, daß sich Polizeibeamte, sowie auch Zivilpersonen, denn auch diese betreiben das Meiste des Angelegens, bei Feststellung eines Droschkenführers, welche bekanntlich dadurch erfolgt, daß man einfach die Nummer der Droschke notiert, sich in der Nummer der Droschke irren. Dieses ist in Berlin, wo Tausende von Droschken im Verkehr sind, wieder nicht zu verwundern. Denn wenn 10, 15 und noch mehr mitunter hintereinander trab fahren, kann es sehr leicht vorkommen, daß man sich bei auch noch so genauer Beobachtung in der Nummer täuschen kann. Der wunder Punkt ist hier, daß der von einer Anzeige Betroffene, in dessen Nummer man sich geirrt hat, absolut nichts weiß. Kann er nun vorm Gericht

nicht klipp und klar nachweisen, d. h. durch einwandfreie Zeugen, daß er sich zur angegebenen Zeit ganz wo anders befinden hat, so liegt er, wie man sagt, d. h. Unbestritten kommt es nun oft vor, daß der Führer genau angeben kann, wo er sich befinden und wird er auch demgemäß, von der ihm angehängten Auflage freigesprochen. Damit ist dann für Gericht und Polizei die Angelegenheit erledigt; darum aber, daß der betreffende Angelegte seine Zeit verunmüht hat und unterdessen nichts verdienen konnte, kümmert sich niemand. Die event. Zeugen erhalten ihre Entschädigung, ganz gleich, ob sie notwendig waren oder nicht; der Angelegte, dem nichts nachgewiesen werden konnte, mag sehen, wie er zurecht kommt. Nun ist schon oft von Kollegen der Versuch gemacht, bei Widersprüchen, welche sie gegen polizeiliche Strafverfügungen erheben, zugleich die Gründe anzugeben, daß die Verfügung haltlos sei, weil sie sich der Uebertretung, welche ihnen zur Last gelegt wird, gar nicht bewußt sind; doch hat man sich niemals weiter darauf eingelassen, sondern man ließ die Sache ihren Lauf. Vor längerer Zeit erhielt einer unserer Kollegen eine Strafverfügung aus Weißensee, weil er mit einer Droschke die Charlottenburger Straße in übermäßig schneller Weise befahren habe. Als Zeugen für diese Uebertretung waren angegeben Polizeiergeant Michalle und eine Frau Schlächtermeister Fille. Die Nummer der Droschke war in der Anzeige nicht angegeben. Da der Betroffene an dem in der Anzeige genannten Tage gar nicht in Weißensee gewesen war, erhob er Widerspruch. Vor dem Schöffengericht stellte sich nachher heraus, daß eine Nummerverwechslung vorlag und wurde er auch freigesprochen.

Da die Anzeige vollständig grundlos erlassen war, wandte er sich an den Auswärtiger zu Weißensee, welcher die Strafverfügung erlassen hatte, mit dem Wunsch, wer denn eigentlich der Urheber derselben sei, um diesen, wenn möglich, für den Schaden, welchen er durch die Wahrnehmung des Termins erlitten, haftbar zu machen. Daraufhin erhielt er von dem Auswärtiger folgendes Schreiben:

„Auf Ihr Gesicht vom 21. Juni d. J. gerichtet Ihnen hierdurch zum Bescheide, daß die Anzeige gegen Sie, durch den Polizeiergeanten Michalle erstattet worden ist, dem Frau Schlächtermeister Fille hierseits die Anzeige gemacht hat.“

Uebrigens haben Sie sich selbst zuzuschreiben, daß Sie die Verurteilung nicht gehabt haben. Sie haben gegen das erlangene Strafmandat ohne Angabe von Gründen Einspruch erhoben und gerichtliche Entscheidung beantragt. Hätten Sie entsprechende Angaben gemacht, so wäre der Tatbestand nochmals geprüft und das Mandat hätte von hier aus zurückgezogen werden können, der gerichtliche Termin wäre somit vermieden worden.“

Das Argument, was hier angeführt worden, daß der Einspruch ohne Angabe von Gründen erfolgte und man deshalb die Sache nicht nachprüfen konnte, hört sich ja sehr schön an; doch ist in dieser Weise schon wer weiß wie oft verfahren worden, doch immer ohne Erfolg. Das eigenlichste an der ganzen Geschichte ist aber, daß auf die bloßen Angaben einer Frau hin sich ein Polizist findet, der eine Anzeige erstattet. Warum überläßt er dies der Frau nicht selbst? Hieraus ist ersichtlich, in welcher Form Anzeigen erstattet werden und wie dieselben zu stande kommen. Der Herr Polizeiergeant, der absolut nichts gesehen hat, signiert aber trotz alledem auf dem Strafmandat als Betätigungzeuge. Wirklich höchst wunderbar. Von Rechts wegen hätten hier der menschenfreundlichen Frau Schlächtermeister die Kosten des Termins aufgebahrt werden müssen, damit sie sich für die Zukunft aller derartigen Sachen enthält. Hier ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sie obendrein noch Zeuengehälften bekommen hat.

Wieviele ist hierdurch, daß es für jeden eine Kleinigkeit ist, ungestraft Anzeigen gegen Droschkenführer zu erstatten, daß er in dieser Beziehung vollständig vogelfrei ist. Wir müssen immer wieder die Forderung aufstellen, daß, wenn ein Droschkenführer wegen einer Uebertretung zur Anzeige gebracht wird, derselbe angehalten und außer der Wagennummer auch seine Legitimationsnummer festgestellt wird, dann können derartige ungerechtfertigte Anzeigen nicht mehr vorkommen.

Berlin IV. Am Freitag, den 27. September, fanden zwei Automobilführer-Versammlungen statt. Zum 1. Punkt gab Kollege Abraham einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Kommission. Hieraus wurde des längeren über die Bildung einer Sektionsleitung diskutiert. Es wurde in der Früh- sowie Abendversammlung beschlossen, je fünf Kollegen zu nominieren, und dieselben in zwei am 11. Oktober stattfindenden Versammlungen zur Wahl zu stellen. In Vorschlag wurden folgende Kollegen gebracht: Paul Kant, Paul Abraham, Franz Reitzig, Hermann Gehring, Paul Han, Otto Spierling, Adolf Seile, Adolf Jahn, Johann Wanz und Rudolf Schimmelpfennig. Von diesen sind am 11. Oktober 5 Kollegen zu wählen. Die Wahl soll so vorgenommen werden, daß jeder Kollege in der nächsten Versammlung eine Liste mit den 10 benannten Kollegen bekommt, wovon 5 zu streichen sind, und die übrigen 5 dann als gewählt gelten.

Dresden. Bisher war es nur das Recht der Polizei, den Droschkenführern wegen etwaiger Vergehen den Fahrrecht zu entziehen. Neuerdings aber macht sich der Verein der Droschkenbesitzer 1. Klasse zu Dresden das Recht an, Droschkenführer aus dem Fahrrecht auf bestimmte Zeit auszuschließen. Dieser Fall passierte jüngst einem Kollegen, welcher 20 Jahre ununterbrochen im Droschkengewerbe beschäftigt ist. Das Dekret lautet wörtlich wie folgt:

„Hierdurch werden Sie davon in Kenntnis gesetzt, daß der Gesamtverband in seiner gefälligen Vorstandsbesetzung beschlossen hat, Sie wegen ungebührlichen Benehmens auf der Droschkenstation auf dem Birnischen Platz gegenüber dem mit Fahr-

gällen daselbst vorüberfahrenden Droschkenführer durch sowie mit Rücksicht auf die bereits früher erhaltene Verwarnung vom 6. Oktober v. J. ab auf 3 Monate im Droschkenfahrdienste nicht mehr zu beschäftigen.“

Andreas Metke, Vorsitzender.“

Was hat nun dieser Kollege für ein schwerwiegendes Verbrechen begangen? Er hat auf dem genannten Droschkenhalteplatz dem vorüberfahrenden Fußgänger durch in bezug auf dessen Pferd einige harmlose scherzhafte Bemerkungen gemacht. Daraufhin hat dieser Fußgänger, welcher die Droschke 1. Klasse Nr. 11 fährt, nichts Besseres zu tun gewußt, als den Kollegen S. zu denunzieren. Er wurde vorgeladen und ohne, daß der Sachverhalt richtig klargestellt worden war, wurde denselben die vorliebende Strafe in Aussicht gestellt. Er erhielt dann auch bald darauf obigen Aussperrungsbescheid schriftlich zugestellt. S. darf also nun 3 Monate lang, vom 6. Oktober an gerechnet, von seinem Droschkenbesitzer 1. Klasse beschäftigt werden.

Zunächst stellen wir dem Droschkenbesitzerverein ganz entschieden das Recht ab, Droschkenführer aus dem Fahrrecht auszuschließen. Nur die Polizei ist befugt, derartige Maßnahmen zu ergreifen, wenn gewichtige Gründe dazu vorliegen. Dieses würde aber auf keinen Fall wegen dieser Benachteiligung einen Fußgänger ausschließen. Das bringt nur der Droschkenbesitzerverein 1. Klasse fertig. Dazu kommt noch, daß zwischen dem beiden Fußgänger durch und S. so wie so ein gespanntes Verhältnis besteht und daß ersterer, nur um sich zu rächen, den Kollegen S. denunzierte. Auf diese Anzeige hin wurde also der Kollege ausgeschlossen.

Bedenklich genug ist es, daß sich Arbeiter finden, die ihre Kollegen an der Stellung zu bringen versuchen. Die Droschkenführer aber sehen aus diesem Fall, in welcher brutalen Weise Kollegen aufs Strafkraft geworfen werden, die nichts besonderes begangen haben. Die Unternehmer nehmen keine Rücksicht, ob der Mann alt und grau im Fahrrecht geworden ist, rücksichtslos wirft man ihn hinaus. Und wenn hier wider Erwarten die Maßnahmen des Besitzervereins rückgängig gemacht werden sollte, so bleibt trotzdem die Tatsache bestehen, daß die Unternehmer wegen geringfügigen Sachen die brutalsten Machtmittel anwenden, um den Arbeitern ihre „Macht“ zu zeigen. Die Dresdener Droschkenführer mögen sich diesen Fall zur Lehre dienen lassen; was heute dem einen Kollegen passiert, geschieht morgen einem andern. Keiner ist davor sicher! Nur einen Weg gibt es, sich vor Unternehmerwillkür und Brutalität zu sichern, das ist der Weg zur Organisation! Die Sektion der Droschkenführer Dresdens besteht bereits seit 2 Jahren. In derselben nur können die Interessen der Kollegen gewahrt und vertreten werden. Darum hinein in die Organisation, ehe es zu spät ist!

Mainz. Die hiesigen Droschkenführer hatten sich sämtlich dem Deutschen Transportarbeiter-Verband angeschlossen. Mit Hilfe des Verbandes gelang es ihnen auch, einen Kontrakt mit ihren Arbeitgeber abzuschließen, der ihnen eine wesentliche Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse brachte. Damit ist auch eine einheitliche Regelung der Arbeitsbedingungen erfolgt und dürfen daher die Kollegen mit der Wirklichkeit der Organisation sehr zufrieden sein. Nun gilt es aber, an Verbände auch dauernd festzuhalten, soll in absehbarer Zeit eine weitere Verbesserung der Arbeitsverhältnisse erfolgen können.

Fensterputzer.

Königsberg i. Pr. Die Königsberger Fensterputzer scheinen aus ihrem Schlaf, der allerdings lange genug dauerte, endlich zu erwachen. Nachdem von der Ortsverwaltung Verbindung mit einigen Fensterputzern gesucht worden war, fand am 25. September eine öffentliche Versammlung statt. Nach einem kurzen Vortrag des Kollegen Seidel wurde beschlossen, sich unsern Verband anzuschließen und eine Sektion der Fensterputzer zu gründen. Nachdem sich alle Anwesenden annehmen ließen, wurde die Mittelreifeung gewählt und beschlossen, am 1. Oktober wieder eine öffentliche Versammlung für die Kollegen Fensterputzer abzuhalten. Der Welt in der ersten Versammlung war ein guter, die anwesenden Kollegen gaben alle das Versprechen ab, dafür zu sorgen, daß alle Fensterputzer unsern Verband betreten. Hoffen wir, daß diese Kollegen ihr Wort halten und ihre Pflicht tun.

Handelsarbeiter.

Berlin. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Handels-gewerbe sind wohl im allgemeinen noch mehr wie verbesserungsbedürftig. Geradezu hohnsprüchend auf die Forderungen der heutigen wirtschaftlichen Lage und der modernen Hygiene liegen diese aber in der Glas-, Porzellan- und Beleuchtungsbranche. Die Arbeiten dieser Branche erfordern ein geschultes Personal. Glas- und Porzellanputzer sind auf den Stadtbauarbeiten weissen ein sehr, sehr gefuchter Artikel. Nun sollte man meinen, müßte auch die Bezahlung der Arbeit angemessen sein, aber weit gefehlt, es steht hier zum Teil noch schlechter aus, als in anderen Branchen, wo die Arbeit nicht Geist und Nerven in solchem Maße in Anspruch nimmt. Löhne von 18-21 Mk. sind so der ortsbliche Satz. Die Arbeiterräume liegen meist in den Kellern; Licht und Luft sieht der Glas- und Porzellanputzer nur auf seinem Gang nach und von der Arbeitsstätte. Ueberdies werden die Arbeiterräume von dem Woberger, der dem zum Packen benutzten Stroh oder Heu entströmt, ebenfalls verpestet. Der Staub, der bei der Arbeit aufgewirbelt wird, hat seinen oder höchst unangenehmen Abzug. Deshalb fordern auch die modernen Krankheiten, wie Tuberkulose, Rheumatismus etc., gerade in dieser Branche die meisten Opfer.

Frägt man sich, wie es möglich ist, daß solche unwürdige Zustände heute noch bestehen können, wie es die

immer schnell bei der Hand. Der Kollege Götlich fragte Herrn Naum: warum er entlassen worden sei, worauf dieser noble Herr antwortete: „Dies sei keine Sache.“ Unter der Hand gab Herr Naum unserem Kollegen zu verstehen, daß er solche Leute, die dem Verbanne angehören und für denselben agitieren, nicht dulden werde in seine n. Hause. (Sich), sie), wie er sich räupert und wie er spindt, das hat Herr Naum dem Schatzmacher schon abgequakt.) Dies alles kann unsere Kollegen nicht hören, sondern spürt nur neuen und intensiven Agitation an. In der letzten Versammlung ließen sich wiederum mehrere Kollegen als Mitglieder aufnehmen und dürften wir in absehbarer Zeit ein anderes Wörtchen mit Naum und seinen Kollegen reden. Die Kollegen werden solange agitieren, bis auch die hiesigen Handels- und Transportarbeiter der Organisation angegeschlossen sind, und dann werden sie sich die ihnen zustehenden Rechte, wenn es sein muß, erzwingen. Die nächste Versammlung findet am Sonnabend, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr bei Hofmann, Ede Schausse- und Kaiserstraße statt und ist es Pflicht aller Kollegen, pünktlichst dorthin zu erscheinen, da außerordentlich wichtige Sachen zur Beratung gelangen sollen.

Dresden. Für den ersten Bezirk (Wieschen-Mitlen) fand am 21. September eine öffentliche Versammlung statt, die verhältnismäßig gut besucht war. Gewerkschaftsgenosse O. Hauke referierte über: „Unternehmer- und Arbeiterorganisationen.“ In den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Debatte, in welcher unter anderem die Gründung der Unternehmerorganisationen im Handels- und Transportgewerbe kritisch beleuchtet wurde. Der neugegründete Zentralverband der Transportarbeiter hat nur den Zweck, die ausstehende Arbeiterorganisation im Kampf zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen niederzuhalten. Es müsse aber Aufgabe eines jeden organisierten Kollegen sein, unermüdlich für unseren Verband zu agitieren, damit denselben fortgesetzt neue Mitglieder zugeführt werden. Wenn Jeder seine Schuldigkeit in dieser Beziehung tut, so werden uns die Unternehmer feigezeit bereit finden.

Unter „Gewerkschaftliche Angelegenheiten“ teilt der Bezirksführer mit, daß die Arbeiter der Firma Wachs und Hühner in Mitlen für die Organisation bisher nicht zu haben gewesen sind. Eine Betriebsbesprechung, welche vor einigen Tagen stattfand, war nur von drei Arbeitern und fünf Arbeiterinnen besucht. Dafür aber hatte man die Polzeit bestellt, die die Besprechung überdecken sollte. Aus diesem wurde natürlich nichts, da das Gros der im Betriebe Beschäftigten fehlte. Feststellen aber konnten wir, daß diese Kollegen sich der Organisation vollständig ablehnend gegenüber stellen. Einzelne derselben haben erklärt, daß sie zufrieden sind und demzufolge auch keinen Verband brauchen. Ferner erfahren wir, daß verschiedene Arbeiter des Betriebes von ihren Wodensöhnen noch beim Chef sparen! Der weiß also ganz genau, wieviel der Arbeiter von dem „hohen Lohn“ noch zurücklegen kann. Die Firma selbst liefert haarscharf an die hiesigen Konsumvereine. Es ist deshalb notwendig, daß die in denselben beschäftigten Verbandskollegen die Käufer und Arbeiter von Wachs und Hühner etwas energisch an ihre Pflicht erinnern. Ferner wurde noch auf unsere Kontrollkarte verwiesen, die am 1. Oktober neu zur Ausgabe gelangt. Es sei dringend erforderlich, daß die gegenseitige Kontrolle etwas schärfer ausgeübt werde. Hierauf ersuchte der Vorsitzende die Versammelten, in Zukunft die Versammlungen des Bezirkes noch zahlreicher zu besuchen als bisher und schloß die Versammlung.

Frankfurt a. M. In unserer letzten Mitglieder-versammlung gab der Gauleiter den Tätigkeitsbericht vom ersten Halbjahr 1907. In den sechs stattgefundenen Gauversammlungen wurden alle wichtigen Angelegenheiten zwischen der Zentralleitung, dem Gauvorstand und den Ortsverwaltungen besprochen und soweit als möglich zur Zufriedenheit der Beteiligten erledigt. Der geschäftliche Verkehr war ein sehr reger; es waren mehr als 600 Eingänge und ungefähr 700 Ausgänge zu verzeichnen. Abredungen wurden außer der Kontrolle aller übrigen 19 vom Gauleiter selbst gemacht. Schriftliche wurden in dieser Zeit 16 angefertigt, darunter Eingaben an die Behörden, Verbot für des Fabrikens Umstände (Süßmilch und Zinvalde), Einführung des Waduh-Kadenschlusses. Erreicht wurde eine Aenderung der Dienstmannsordnung. Versammlungen fanden in der Berichtsperiode durch den Gauvorstand 109, Sitzungen und Besprechungen 70 statt. Lohnbewegungen fanden 43 statt, und zwar Angriffsbewegungen 40, 21 ohne Arbeitseinstellung, 19 mit Arbeitseinstellung, Abwehrbewegungen 2, Ausperrungen 1. Auf die einzelnen Branchen verteilen sie sich wie folgt: Möbeltransportarbeiter 11, Tagelöhner und Hilfsarbeiter 5, Transportarbeiter am Hafen 1, Fuhrleute gemischer Betriebe 4, Bierfahrer 3, Drochsenkutschler 1, Spektivkutschler 3, Geschäftskutschler 1, Baukutschler 1, Magaziner und Lagerarbeiter 3, Hausburden 5, Glasreiniger 3, Angestellte der Wachs- und Schließgesellschaften 1, Zeitungsträgerinnen 1. Von diesen 43 Lohnbewegungen waren 40 mit und 3 ohne Erfolg. Sonstige Differenzen waren 8 zu verzeichnen; davon wurden 7 zu gunsten der Beteiligten und 1 zu ungunsten erledigt. An nur 33 Tagen war der Gauleiter im Bureau, so daß wiederholt Hilfsarbeiter eingesetzt werden mußten. Für die Partei war derselbe an 37 Tagen tätig. Die Zunahme der voll zahlenden Mitglieder beträgt über 700. Die Zunahme an Wochenbeiträgen über 7200. Im vierten Quartal 1906 wurden 29 000, im ersten Quartal 1907 32 000, im zweiten Quartal 1907 36 400 Wochenbeiträge verkauft. Dagegen wurden im Jahre 1903 verkauft 29 000, im Jahre 1904 37 000, im Jahre 1905 57 000, im Jahre 1906 95 000 und im Jahre 1907 dürften es mehr als 130 000 verkaufte Beiträge werden. Redner ermahnte alle Kollegen, unermüdlich

weiter zu arbeiten, damit wir im Gau 15 in der Zunahme wie bisher mit an erster Stelle stehen. Es muß sich nunmehr eine recht lebhafte, sehr sachliche Diskussion, an der sich eine ganze Reihe Kollegen beteiligten und verschiedene praktische Anregungen für die weitere Agitation gaben. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Leubnitz-Neuostra B. Dresden. Die gutbesuchte Versammlung am 21. September hörte zunächst ein Referat des Arbeitersekretärs Gen. Mentz über „Arbeit und Kunst“. Der Vortragende schildert in leichtverständlicher Weise, wie immer die herrschende Gesellschaft im Verein mit den Regierungen den Arbeitern die Kunst und deren Erzeugnisse vorenthalten haben. Er schildert, wie die Gesellschaft auch die Männer, die ihre Kunst in den Dienst der Arbeitersache gestellt haben, verfolgt und veremt haben. Reicher Beifall lobte dem Vortragenden. Im weiteren erörterte Kol. Richter einen Dienstvertrag der Firma Conrad Miersch Söhne in Strahlen mit einem unserer Kollegen. In diesem Monstrum wird der Kollege verpflichtet, für einen Lohn von durchschnittlich 17 Pf. pro Stunde Sonn- und wochentags mitamt seiner Ehefrau die Arbeit ausführen zu müssen. Die Herren waren so gnädig, dem Kollegen innerhalb vier Wochen einen freien Tag zu gewähren, bestellten sich aber das Recht vor, diesen Tag selbst zu bestimmen. Die Frau des Arbeiters war verpflichtet, die Arbeiten einer Wirtschafterin, als da waren Rantier, Küche, Hausflur reinigen, Säubern, Lauben säubern, Ställe reinigen, Lötren säubern usw. Daß beide Ehegatten den Anordnungen sämtlicher Vorgesetzten unweigerlich Folge zu leisten hatten, verheißt sich am Karbe. Den Vogel haben die Herren abgehohlet mit dem § 5 des Vertrages, in dem es heißt: „Soweit in dem Vertrage nichts anderes bestimmt ist, gilt für beide Teile die sächsische Geschäftsordnung.“ Die Herren nahmen für sich das Recht in Anspruch, den unglücklichen Kollegen oder dessen Ehefrau unter Umständen auch malmäßig zu züchtigen, dies läßt die sächsische Geschäftsordnung ja leider heute noch zu. Daß die Herren Miersch Söhne sich das Recht vorbehalten, den Kollegen ohne die vertragliche Bestimmung der Kündigung zu entlassen, und daß, wenn der Kollege einmal behindert sein sollte, seinen Dienst zu verrichten, die Firma keinen Lohn zahlen will, zeigt ja wiederum davon, daß die Herren Conrad Miersch Söhne absolut keine Kenntnis von gesetzlichen Bestimmungen haben. Der Kollege, der nun 5 Jahre zu diesen Bedingungen gearbeitet hat, wünschte nun vor kurzem die Bezahlung der Ueberstunden; die Firma wollte sich aber absolut nicht dazu verstehen, irgend etwas zu zahlen.

Nachdem Kollege Richter noch darauf hingewiesen, daß jeder Kollege tren von Verbänden halten muß, erfolgte Schluß der Versammlung.

Nixdorf-Brick. Mit einer imposanten öffentlichen Versammlung wurde am 22. September das Herbst- und Winteremmer eröffnet.

Nachdem das Andenken der verstorbenen Kollegen Größel, Stübner, Gerlach, Noak, sowie der Kollegen Schade in der üblichen Weise gelehrt war, nahmen die Anwesenden einen mit großem Beifall angenommenen Vortrag des Genossen Ab. Stern über: „Die wahre Gestalt des Christentums“ entgegen.

Der Vorsitzende erörterte sodann den Fall des Lehrers Randle contra Gerlach, welcher das Gebaren dieses „Pädagogen“ gelehrend brandmarkte; einzelne Redner ergänzten in würdevoller Weise den Bericht. Die verschiedenen Ausführungen wurden zur Folge, einstimmig angenommenen Resolution bedingt.

Die heute, am 22. 9. 07 im Saale von Ziel, Nixdorf, tagende öffentliche Versammlung des „Deutschen Transportarbeiter-Verbandes“ nimmt mit Entzückung Kenntnis von dem lakonischen Verhalten des Lehrers Randle, welcher vor versammelter Klasse über den Vater eines seiner Schüler, den durch Unfall aus dem Leben geschiedenen Kollegen Gerlach, die unqualifizierbare Nebenart gebrauchte: Der Vater wird wohl betrunken gewesen sein!

Gegen diese lakonische Verächtigung protestieren die Anwesenden auf das energischste, umso mehr, als durch derartige Reden der an und für sich schon schwere Verstoß der Kutscher verunglimpft wird, auch werden dadurch die Beziehungen zwischen Schule und Haus schwer geschädigt.

Ein Antrag gelangte zur einstimmigen Annahme, den Ertrag der Tellererhebung den Hinterbliebenen des Kollegen Gerlach zu überweisen.

Unter Geschäftliches wies der Vorsitzende auf unsere nächste Versammlung zu Sonntag, den 13. Oktober hin und erludte die Kollegen, sich am 20. Oktober an dem Bildbildevortrag: „Durch die Polarländer nach Amerika!“ rege zu beteiligen, auch wäre es wünschenswert, daß unser Stützpunkt gut besucht wird.

Sodann machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß für die Mitglieder der Verwaltung II. ab 1. Oktober der erhöhte Beitrag zu zahlen ist.

Ein gemühtliches Beisammensein hielt die Versammelten noch einige Stunden veranlagt beisammen.

Spandau. Am Sonnabend, den 21. September, fand unsere regelmäßige Wöchentliche-Versammlung statt. Dieselbe war sehr gut besucht. Zum 1. Punkt der Tagesordnung sprach ein Kollege aus Lichtenberg über das Thema: „Die hegeblischen Arbeiter und die beschiedenen Unternehmer.“ Redner verstand es, in leicht faßlicher Weise den Kollegen vor Augen zu führen, was für gewaltige Unterschiede in der Lebenshaltung des Arbeiters und der beschiedenen Klasse in der heutigen Gesellschaftsordnung bestehen. Reicher Beifall lobte den Redner für seine vorzüglichen Ausführungen.

Zum 2. Punkt, Wahl eines ersten Bevollmächtigten und ersten Schriftführers, wurden nach kurzer Debatte die Kollegen Emil Stahl zum 1. Bevollmächtigten und Otto Burdach zum 1. Schriftführer gewählt. Sodann wurde an Stelle des erkrankten Kollegen Waußig Kollege Franz Obiora als 2. Schriftführer gewählt.

Den 2. Punkt der Tagesordnung, Kartellbericht, gab der Kollege Schönefeldt, worüber sich eine längere Diskussion entspann.

Im Punkt Verschiedenes gab es eine längere Debatte über die Amisniederlegung des 1. Bevollmächtigten und wurde die Sache einer Schlichtungskommission überwiesen. Sodann erfolgte Schluß der ziemlich stürmisch verlaufenen Versammlung.

Verschiedenes.

Neues zum Achtsundentag. Die Regierungen und gesetzgebenden Körperlichkeiten enqueteieren und parlamentieren. Unterdessen geht die Entwicklung ihren Gang, und die Praxis schreitet unbekümmert über den Sumpf all dieser Besenklichkeit und Kleinlichkeit hinweg. So melden die hiesigen Gewerbeaufsichtsberichte, daß in den Bezirken Offenbach und Gießen in 537 von 608, das sind 88 pCt. aller Betriebe, 10 Stunden und weniger von allen Arbeitern gearbeitet wurde. Das weniger als jeher Stunden bezieht sich auf 228 von 608, also auf 37,5 pCt. aller Betriebe. In den Gießener 195 Fabriken mit insgesamt 9306 Arbeitern war die Normalarbeitszeit die 10 Stunden. Sie war in 127 Fabriken (65 pCt. aller Anlagen) für 6310 Arbeiter (67 pCt.) eingeführt. Eine 9 stündige Arbeitszeit hatten 30 Fabriken (15 pCt.) mit 1692 Arbeitern (18 pCt.). Eine 11 stündige Arbeitszeit wurde nur in 19 Fabriken (9 pCt.) mit 619 Arbeitern (6,6 pCt.) festgestellt. Also auch hier wieder der Satz: Je kleiner der Betrieb, desto größer die Neigung zur Ausdehnung der Arbeitszeit. Im Bezirk Mainz hatten 81 pCt. der Fabriken im Sommer und 92 pCt. im Winter eine Arbeitszeit von 10 Stunden und weniger. In Worms hat die Firma Seul, die 3800 Arbeiter beschäftigt, am 1. Oktober 1906 und, wie es heißt, mit gutem Erfolg, die 8 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt.

Die Befindungen der Beamten gehen übereinstimmend dahin, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur für die Arbeiterschaft von großem Vorteil ist. Sie bedingt auch nach den Worten des Wormser Inspektors „eine bessere Ausnutzung der Maschinen und Geräte, da die Perioden des Leerlaufes kürzer werden oder ganz in Wegfall kommen. Die Ausgaben für Beleuchtung der Arbeitsräume werden erheblich geringer oder fallen weg. Die Fabrikdisziplin ist bei frischen Arbeitern besser durchzuführen als bei ermüdeten. Auch die Leistungsfähigkeit der Betriebsbeamten wird gesteigert.“

Schließlich noch ein Urteil über den Achtsundentag aus dem Jahr 1900-01. Im Jahresbericht des Gaswerks der Stadt Offenbach wird mitgeteilt, daß, trotz Einführung der Achtsundenschicht und unter Verbehalten der früher für die Zwölfschicht gezahlten Löhne, die Gas erzeugungskosten pro 1000 Kubikmeter sich gegen das Vorjahr nicht erhöht, sondern noch vermindert haben. Das wird einmal auf die günstigere Verwertbarkeit der Nebenprodukte infolge des guten Standes der Industrie im allgemeinen, zum großen Teil aber auch auf die größere Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft infolge der Arbeitszeitverkürzung zurückgeführt.

Darum noch einmal: in Preußen-Deutschland wird weiter enqueteiert. Die Entwicklung aber geht über alle Rückschläge hinweg ihren sieghaften Gang.

In die Ortsverwaltungen im Gau 10.

Werte Kollegen!
Auf Antrag des Gauvorstandes berufen wir hiermit eine

Konferenz
von Vertretern der Ortsverwaltungen im Gau 10 zu Sonntag, den 27. Oktober 1907, vorm. punkt 10 Uhr, im Restaurant Hegemann, Hannover, Gustav Adolfsstraße 14, ein.

Als Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Der innere Ausbau unserer Organisation.
3. Unsere Taktik bei Lohnbewegungen.
4. Verschiedenes.

Wir ersuchen Euch, die Wahlen der Delegierten recht zeitig vorzunehmen.
Verwaltungsstellen:

bis zu 200	200 Mitglieder wählen je 1	Delegierten
über 200	500	2
500	1000	3

Die Delegierten haben Anspruch auf die auf der Generalversammlung zu Hamburg 1908 festgesetzten Diäten und Fahrgelder, und sind die Ausgaben hierfür aus Mitteln der Ortsklassen zu bestreiten.

Die Namen und Adressen der Gewählten sowie event. Anträge sind bis spätestens den 23. Oktober cr. dem Kollegen Wilhelm Kregel, Hannover, Gustav Adolfsstr. 14, I. einzuliefern.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.
J. A.: Oswald Schumann.

Verantwortl. Redakteur: R. Brischke, Nimmelsburg.
Verlag der Buchhdlg. „Courier“, O. Schumann-Berlin.
Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 37.